

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1268, Raden & Comp.

Organ für das **werkstätige Volk**

Konten: Ködliche Staatsbank,  
Dresden, Bank f. Arbeiter, Ange-  
stellte u. Beamten, AG., Dresden,  
Gebrüder Armbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abgang von Eilungen eigenhändiger Art, ist es durch oder ohne schriftliche Anweisung, bei der Besizer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: Beson-  
ders "Kunst" sowie der illustrierten Wochenbeilage "Der  
Sonntag" monatlich 2,40 M., einjährig 24 M., Einmalige  
Abgabe "Sonntag" 2 M., einjährig 20 M., Bringerlohn (ohne  
Post) 1,00 M., zuzüglich Post- und Zustellungsgebühren.

Verantwortung: Wilmersdorf 10, Bernsdorfer Nr. 25 261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsleiter: Wilmersdorf 10, Bernsdorfer Nr. 25 261 u. 12 707.  
Verlagsdruckerei: Dresden, Wilmersdorf 10, Bernsdorfer Nr. 25 261 u. 12 707.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Kompositionsspalte 20 Pf., die  
90 mm breite Reklamenspalte 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,00 M.,  
abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u.  
Wiederholungen 20 Pf. netto, für Briefmarkenbesitzer 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 269

Dresden, Donnerstag, den 17. November 1932

43. Jahrgang

## Wapen am Ende

### Die Absagen der SPD., des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei - Vor der Entscheidung Hindenburgs - Generalstreikgerüchte

Berlin, 17. November. (Eigener Funk.) Der Soz. Pressedienst berichtet: Der Reichspräsident hat am Mittwoch die Verhandlungen über die Möglichkeit zur Bildung einer „nationalen Konzentration“ fortgesetzt. Das Ende war völlig negativ. Der Absage der Sozialdemokratie, die wegen ihrer Form und ihres Inhalts überall wie eine Sensation gewirkt hat, folgte am Mittwoch eine Absage der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei. Unter dem Eindruck dieser Niederlagen am laufenden Bande hat Herr von Papen die für das Wochenende geplante Reise nach Süddeutschland abgesetzt. Es wird damit gerechnet, daß er dem Reichspräsidenten heute seinen Rücktritt oder die Gesamtdemission der Baronsregierung anbietet. Welche Entscheidung der Reichspräsident schließlich treffen wird, ist im Augenblick noch ungewiß.

Die Verhandlungen des Herrn von Papen begannen am Mittwoch mit dem Empfang der Zentrumsführer Kaas und Soos. In dieser Unterredung erklärte Kaas, daß die Zentrumspartei eine „nationale Konzentration“ nicht nur wünsche, sondern auch alles tun werde, um sie zustande zu bringen. Nur sei das Zentrum aus persönlichen und sachlichen Gründen unter keinen Umständen geneigt, seine Zustimmung dazu zu geben, daß Herr von Papen die Führung dieser „nationalen Konzentration“ übernehme. Er schlage deshalb dem Reichspräsidenten die Möglichkeit zur Bildung einer Regierung auf breiter Basis zu geben. Ueber diese Entscheidung der Zentrumspartei teilte Herr von Papen außerordentlich überrascht. Nach kaum 20 Minuten war die Unterredung beendet. Sie fand ihren Abschluß mit der Ueberreichung einer schriftlichen Darlegung über die Auffassung der Zentrumspartei von der gegenwärtigen Lage. Auf diese Weise will das Zentrum falsche Meinungen über den Empfang verhindern.

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, lehnte Herrn von Papen als Führer einer „nationalen Konzentration“ ebenfalls ab. Auch er hinterließ in der Reichskanzlei eine schriftliche Erklärung über den Standpunkt der Bayerischen Volkspartei zur gegenwärtigen politischen Lage. Im Anschluß an Schäffer wurde der Volksparteiliche Dingeldey empfangen. Er sagte für seine 11 Mann starke Fraktion unter gewissen Voraussetzungen die Mitarbeit zu.

Im Laufe des heutigen Vormittags wird das Reichstagsparlament zusammentreten, um sich mit dem Verlauf der Verhandlungen zu beschäftigen. Im Anschluß an die Kabinettsberatung wird Herr von Papen dem Reichspräsidenten über seine Auffassung von der gegenwärtigen Lage unterrichten.

Welche Entscheidung Hindenburg schließlich treffen

wird, ist vorläufig noch offen. Vielleicht nimmt er das Rücktrittsgesuch des Herrn von Papen sofort an. Wahrscheinlich aber ist, daß er diese Annahme verschiebt und zunächst mit den großen Parteien persönlich Rücksprache nimmt, um Feststellungen darüber zu treffen, ob überhaupt eine Regierung mit parlamentarischer Rückendeckung möglich ist und auf welcher Basis.

Von deutschnationaler Seite wird selbstverständlich alles getan, um eine andere Regierungskonstellation zu verhindern.

Schließlich ist das Kabinett der Papen-Barone eine deutschnationale Regierung, die man möglichst halten will. Es kommt hinzu, daß Zentrum und Nationalsozialisten die deutschnationale als Partei aus einer künftigen Regierungskonstellation ausschalten und die parlamentarische Rückendeckung einer neuen Regierung durch eine Verdrängung mit den kleinen Splittergruppen ermöglichen möchten. In dieser Hinsicht liegen natürlich irgendwelche Beschlüsse noch nicht vor, aber insbesondere beim Zentrum ist die Tendenz deutlich erkennbar, möglichst unter Ausschaltung Hugenburgs eine neue Regierung auf die Beine zu stellen. Man denkt sich auch die Regierung als „Präsidialkabinett“, das vom Reichstag unabhängig ist, sich aber über die Grundzüge der inneren und äußeren Politik mit den großen Parteien verständigt und diese Politik unter Vermeidung innerer Konflikte vor allem ohne Antastung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches durchführt. Inwiefern das möglich ist, dürfte die nächsten 48 Stunden zeigen. Die Entscheidung ist auch insofern dringend, als sich die deutsche Arbeiterbewegung den Papen-Kurs nicht länger gefallen lassen wird. In Berlin gingen am Mittwoch Gerüchte um, daß die freien Gewerkschaften und die republikanischen Parteien

auf den Papen-Kurs noch in diesen Tagen mit einem Generalstreik antworten

würden. Wie gesagt, handelt es sich hier um Gerüchte. Immerhin, sollten sich die verantwortlichen Stellen darüber im klaren sein, daß sich auf die Dauer kein 60-Millionen-Volk von einer kleinen Clique so beherrschen lassen wird, wie es diesen 60 Millionen in den letzten Monaten zugehört worden ist. Daß in dieser Hinsicht in den letzten Tagen bestimmte Besprechungen geführt worden sind, ist nicht zu bestreiten.

In der Berliner Morgenpresse, die heute wegen des gestrigen Ruhetages nur zu einem kleinen Teil erschienen ist, wird Papen bereits verabschiedet. So stellt das Berliner Tageblatt fest: „Papen am Ende“, während die Rostocker Zeitung in einer zweifelhafte Ueberschrift registriert: „Papen bietet Rücktritt an“.

## SPD. lehnt Verhandlungen ab

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am Dienstag einstimmig beschlossen, der Einladung des Reichspräsidenten von Papen zu einer Unterredung in der Reichskanzlei nicht zu folgen. Die SPD. hat dazu folgende Erklärung abgegeben:

„Der Reichspräsident von Papen hat durch zweimalige Aufforderung des Reichstags das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Absagen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen, die verpflichtend ihn zum Rücktritt.“

Der Reichspräsident von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung Preußens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichts hinweggesetzt, wie er durch sein Verbleiben im Amt das Urteil des Volkes mißachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpft und diejenigen, die sich seiner Politik entgegenstellen, als Feinde des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die sozialdemokratische Partei ungeeignet.

Die sozialdemokratische Partei erklärt in dem Reichspräsidenten von Papen den Sachwalter einer einzigen Winderwartung, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen nicht scheut, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus allen diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es jedoch für notwendig, in aller Öffentlichkeit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit jedem Schritt von dem Boden des Reichs weiter entfernt. Er wendet sich aufs schärfste gegen die öffentlichen erdichteten verbrecherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Verstoß der Nationalversammlung rechtmäßig aufgekommene Verfassung auf verfassungswidrigen Wege abzuändern, und fordert den Rücktritt dieser Regierung.“

## Hitlers Volksauspeitscher gefaßt

B. München, 17. November. (Eig. Funk.) Die vier Leibwächter Hitlers wurden vom Schwurgericht Erlangen wegen Waffensmißbrauch und Körperverletzung zu insgesamt 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einer Fahrt durch den Ort Forch hatten sie ohne jeden Anlaß auf Straßenpassanten mit Handwaffeln ein geschlagen. Aus einem der Wagen wurde auch geschossen. Nur einer der drei Wagen konnte von einem Gewerksamen angehalten und durchsucht werden. Es wurden neben drei Handwaffen auch zwei Pistolen ergriffen.

## Sozialistischer Wahlsieg

### Die Entscheidung des dänischen Volkes

N. Kopenhagen, 17. November. (Eig. Funkdruck.) Die am Mittwoch in Dänemark durchgeführten Wahlen zum Folkething (Reichstag) brachten der Regierung Stauning und der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Mit 76 von 149 Mandaten besitzt die Regierung im Folkething die Mehrheit.

Die Sozialdemokratie konnte ihre Stimmen um fast 70 000 steigern. Im November 1929 erhielt sie 596 000 Stimmen gegen 661 000 bei der jetzigen Wahl. Statt bisher 61 wird sie im neuen Folkething 62 Mandate besitzen. Die Konservativen erhielten 289 000 Stimmen gegen 234 000 im Jahre 1929. Die Bauernliste ging von 405 000 auf 375 000 Stimmen zurück, die Radikale Linke von 151 000 auf 145 000.

Die sozialdemokratische Regierung, deren Hauptaufgabe der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist, hatte dem Folkething ein wahrhaft soziales Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt. Dagegen aber wandten sich die bürgerlichen Parteien und deshalb wurde die höchste Entscheidung des Volkes angerufen. Sie ist gefallen — und zwar zugunsten der Sozialdemokratie.